

gegenseitig wird. Wie wir aber unsererseits wahrscheinlich schon jetzt auf eine Aenderung des Wahlrechts nicht gekommen sein würden, wenn wir nicht durch jenen Antrag der Umstürzpartei von neuem und einbringlich auf die in nächster Nähe drohende Gefahr aufmerksam gemacht und herausgefordert worden wären, so liegt es uns auch durchaus fern, durch die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts das „Volk zu entzweien“. Mitbürger, alles, was in dieser Beziehung von den gegnerischen Agitatoren ausgeht, ist Unwahrheit!

Es ist eine Unwahrheit, daß jemandem das Wahlrecht entzogen werden soll. Im Gegenteil, das Wahlrecht soll künftig erweitert werden und zwar dadurch erweitert werden, daß nicht wie jetzt nur derjenige wählen darf, der mindestens 3 M. direkte Staatssteuern zahlt, sondern jeder Steuerzahler stimmberechtigt sein soll.

Es ist eine Unwahrheit, wenn dem Volke glauben gemacht wird, es solle mit dem neuen Wahlrechte eine „Vorherrschafft des Geldsackes“ eingeführt werden. Nicht die Reichen werden in Zukunft bei den Wahlen den Ausschlag geben, sondern der Mittelstand, die Handwerker, die Gutbesitzer, die Arbeiterbeamten u. s. w.

Eine Unwahrheit ist es selbst, wenn behauptet wird, daß künftig die Zweite Kammer so zusammengesetzt sein werde, daß ein freies Wort, daß eine Opposition nicht mehr möglich sei. Es ist dies so wenig wahr, daß auch nach dem neuen Wahlgesetz aller Voraussetzung nach selbst die Wahl von sozialdemokratischen Vertretern keineswegs ausgeschlossen, sondern in verschiedenen Bezirken wahrscheinlich ist. Nur der Bildung einer Mehrheit der Umstürzpartei in der Kammer soll durch das mittelbare Wahlrecht vorgebeugt werden.

Eine Unwahrheit ist es endlich, daß die beabsichtigte Wahlreform eine Maßnahme der Reaktion sei und den Fortschritt hemmen werde. Auch mit dem neuen Wahlrecht, das ein allgemeines und geheimes sein wird, wird Sachsen in Bezug auf die freibeiwillige Einrichtung seines Wahlrechts hinter keinem deutschen Staate zurückbleiben.

Mitbürger! Laßt Euch also nicht irre machen! Glaubt nicht den Ausstellungen jener, denen das Wahlrecht nur ein Mittel zum Umsturz und einer Vernichtung des Staates ist, vertraut nicht jenen, die sich offen als „revolutionäre Partei“ bezeichnen, vertraut vielmehr der Regierung, die stets noch Euer Bestes gewollt hat, vertraut uns, Euren gewählten Vertretern, denen es gleich ernst mit der Wahrung der Volkrechte, die auch unsere Rechte sind, wie mit der Wahrung der Rechte des Staates ist. An alle vaterlandsliebenden Bürger, besonders aber auch an die wohlgeleitete Presse richten wir daher das eindringliche Ersuchen, ihrerseits dadurch an dem begonnenen Werke mitzuhelfen, daß sie: der Verleitung und Fälschung der öffentlichen Meinung, die gegenwärtig durch ebenso fanatische, wie gewissenlose Agitatoren betrieben wird, nachdrücklich entgegenzutreten und mit uns das Volk darüber aufklären, daß die beabsichtigte Aenderung des Wahlrechts, weit entfernt eine Volkserückung oder ein Rückschritt zu sein, lediglich eine notwendige Abwehrmaßregel gegen den immer drohender sein Haupt erhebenden Umsturz bildet, dazu bestimmt, wahre Freiheit und wahren Fortschritt zu sichern.

Tagesgeschichte.

Wir die „Berliner Neue Nachr.“ zuverlässig vernehmen, will der Kaiser Mitte März auf der „Hohenzollern“ eine Mittelmeerreise antreten. Als nächstes Ziel der Reise sei Neapel in Aussicht genommen, dann solle Korfu besucht werden. Ob die Reise von Kiel oder Wilhelmshafen aus vor sich geht, ist noch nicht bekannt.

Berlin. Der Kaiser hat vor kurzem genehmigt, daß für verdiente ältere Beamte einzelner Kategorien des Reichsbankdienstes die Bezeichnung des Charakters als „Kaiserlicher Bankrat“ in Antrag gebracht werde. Einer Anzahl solcher Beamten ist dieser Charakter nunmehr verliehen worden.

Wie die „Berl. Neue Nachr.“ erfahren, ist die Aufnahme des Prinzen Albrecht von Preußen bei seiner jüngsten Anwesenheit in England aus Anlaß der Beisehung des Prinzen Battenberg nicht nur seitens des königlichen Hofes außerordentlich herzlich, sondern auch seitens der Bevölkerung durchaus sympathisch gewesen. Von der pöbelhaften Sprache einiger Blätter in Bezug auf Deutschland war in der Haltung der Bevölkerung nicht das Geringste zu bemerken.

Ueber den Plan der Zwangsorganisation des Handwerks schreibt man dem „Hamb. Corr.“: Nach den von einem Kommissar des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe unlängst in Breslau gemachten Erkundigungen sieht die neue Handwerkerstatute, die im März an den Bundesrat gebracht werden soll, die Zwangsorganisation des Handwerks vor, allerdings unter Voraussetzung einer Mindestzahl von Mitgliedern für jede Innung, die aber im Gesetz selbst nicht festgelegt werden soll. Die Zwangsinnungen sollen reine Fachinnungen oder Innungen für verwandte Gewerbe werden, von der Zulassung gemischter Innungen als solcher steht der Entwurf ab, wohl aber sollen die nicht in Fachinnungen zusammenzufassenden Handwerker eines Bezirks, etwa eines Kreises, in dem Innungs- oder Handwerkerausschüsse des Bezirks gleich den Fachinnungen durch Deputierte vertreten werden. Der Handwerkerausschuß soll die Innungsrechte und Pflichten der nicht incorporierten Handwerker seines Bezirks wahrnehmen und außerdem sämtliche Handwerker seines Bezirks vertreten. Die Innungen verwandter Bezirke sollen über größere, allerdings nicht zu große räumliche Bezirke, allerhöchstens über einen Regierungsbezirk, zugelassen werden. Außerhalb der Innung zu bleiben, soll an Orten mit einer genügenden Zahl von Meistern des betreffenden Gewerbes nicht mehr gestattet sein. Wir fürchten, daß mit solchen Experimenten weder die Zufriedenheit im Gewerbebestande, noch die Leistungsfähigkeit des Handwerks bestärkt wird.

Mit der Bereinigung des bürgerlichen Gesetzbuches an eine Kommission von 21 Mitgliedern ist die Absicht, das große Werk noch in dieser Tagung zustande zu bringen, bereitwillig worden; man giebt sich in maßgebenden Kreisen keiner Täuschung mehr darüber hin, daß irgend ein Mittel gefunden werden muß, um die Arbeiten dieser Tagung nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Der Gedanke, den Reichstag nur zu vertagen und nicht zu schließen, ist niemals ernstlich erzmogen worden; dagegen wird man sich entschließen müssen, eine Zwischenkommission einzusetzen, damit diese bis zu dem Wiederzusammentritt des Reichstages ihre Vorberatungen beendigen kann. Für die ungehörte Fortführung der Arbeiten der Kom-

mission während der nächsten Wochen werden sich überhaupt große Schwierigkeiten ergeben: sie hatte den Wunsch ausgesprochen, in jeder Woche vier Sitzungen abzuhalten und dazu den Vormittag zu verwenden; in den übrigen Kommissionen herrscht aber keine Neigung vor, sich mit der Beratung der ihnen überwiesenen Gesetzentwürfe auf die Abendstunden zu beschränken. Ein gewisses Nebeneinanderarbeiten der verschiedenen Kommissionen wird also nicht ausbleiben; ob das für den Gang der Beratungen förderlich sein wird, ist zweifelhaft. — Oben wird gemeldet, daß die Hoffnung, der Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches werde noch in der gegenwärtigen Tagung des Reichstages durchberathen werden können, bereits aufgegeben sei. Heute meldet die „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziell, daß davon an maßgebender Stelle nicht das mindeste bekannt ist. Es besteht vielmehr die an sichere Erwartung grenzende Hoffnung, daß es gelingen muß, die parlamentarische Behandlung des bürgerlichen Gesetzbuches in dieser Session zu Ende zu führen.

Das Ausstellungsjahr bietet einer stattlichen Anzahl von Kongressen und Versammlungen größerer Verbände und Vereine willkommene Gelegenheit, ihre diesjährigen Tagungen in Berlin abzuhalten. Wissenschaftliche, literarische und technische Verbände, industrielle und gewerbliche Vereine, unter ihnen solche mit einer Mitgliederzahl von Tausenden aus allen Theilen Deutschlands, rücken sich, in diesem Sommer in Berlin zu tagen und so ihren Mitgliedern neben der Arbeit auch den Genuß des Besuches der Ausstellung und der übrigen festlichen Veranstaltungen zu theil werden zu lassen. Die Liste der Vereine und Verbände — gar nicht eingerechnet die ständig hier zusammenkommenden — die ihre Tagungen hier angemeldet haben, ist schon recht umfangreich geworden.

Zur Lohnbewegung in der Konfektionsbranche. Sollten die Schneider und Näherinnen, welche am Montag 14 Versammlungen abhielten, den Streik beschließen, was wahrscheinlich ist, so wird derselbe — wie der Konfektionär meint — irgend einen Einfluß kaum ausüben, da inzwischen angelegte Ermittlungen ergeben haben, daß sich mindestens drei Viertel der hier vorhandenen Arbeitskräfte am Streik nicht beteiligen. Zwischen haben noch Sonnabend abend und am Sonntag drei Versammlungen der Geschäftsinhaber stattgefunden. Die Berliner Damenkonfektionäre haben in einer Sonnabend abend stattgefundenen Versammlung die Geneigtheit ausgesprochen, Lohnaufbesserungen einzutreten zu lassen. Sie können aber nicht mit den Arbeitern, sondern mit den Zwischenweibern verhandeln. Eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Berliner Herren- und Knabenkonfektionäre, welcher als Vertreter des Magistrats Herr Magistratsassessor Blankenstein beizuhöhen, fand am Sonntag Vormittag statt. Es wurde beschlossen, die geforderten Lohnsätze nicht zu bewilligen, da die volle Befriedigung der Forderungen die Existenz in Frage stelle, doch sind die Berliner Fabrikanten, um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen, gewillt, den Arbeitern die weitgehendsten Zugeständnisse zu machen. Die zu diesem Zwecke gewählte Kommission wird mit den Zwischenweibern unterhandeln. Eine andere Versammlung Berliner Konfektionäre war zu Sonntag Nachmittag 8 Uhr nach dem Prälaten einberufen worden: hier wurde der gleiche Beschluß gefaßt.

Halle a. d. S., 11. Februar. Eine Versammlung von 600 Arbeitern und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche beschloß in den Streik einzutreten, da ihre Forderungen von den Konfektionsfirmen nicht bewilligt worden seien.

Wien, 10. Februar. Seit heute Mittag steht die Franz-Josef-Caserne in Flammen. Bisher ist es noch nicht gelungen, den Brand zu localisiren.

Frankfurt a. M., 10. Februar. Die Stadt Schapler steht in Flammen. Von hier wurde telegraphisch Hilfe requirirt.

Madrid, 10. Februar. Heute früh 9 1/2 Uhr platzte über der Stadt Madrid ein Meteor. Die Explosion erfolgte, wie eine Mittheilung des Observatoriums besagt, in der Höhe von 32000 Metern unter glänzender Lichterscheinung und war von einem gewaltigen Knall begleitet, welcher eine allgemeine Panik hervorrief. Alle Gebäude der Stadt erzitterten und zahlreiche Fensterscheiben sind zerbrochen.

Rom, 11. Februar. Ueber den letzten Ministerrath veröffentlichen die Oppositionsblätter sensationelle Berichte. Die Blätter wollen wissen, die Minister hätten beschlossen, im Herbst einen neuen großen Krieg in Afrika zu unternehmen. Es sollen daher nicht nur 10000 Mann, sondern 30000 zur Verstärkung nach Afrika geschickt werden. Diese 30000 Mann sollen mit den jetzt bereits in Afrika stehenden 20000 vereinigt werden und eine Armee bilden unter Befehl des Generals Badiglieri. Die Mittheilung wird besonders vom „Don Quisiotto“ als durchaus wahrheitsgetreu bezeichnet. Das Blatt erläßt einen Aufruf an das Volk, welches sich erheben soll gegen die Regierung, um solche Ungeheuerlichkeiten zu verhindern.

Zur Erzeugung von Elektrizität kommt demnächst eine Wasserkraft von 13600 Pferdekraften in Frankreich unter ganz besonders günstigen Verhältnissen zur Ausnutzung. Es handelt sich hierbei nach einer Mittheilung vom Internationalen Patentbureau Karl Fr. Reichelt, Berlin, um die Herstellung eines Gefälles der Arve, nahe bei Servoz in Savoyen, wo durch Ableitung eines Kanales ein Niveau-Unterschied von 172 Metern erzielt wird, welches Gefälle durch Turbinen ausgenutzt werden soll. Die ganzen Anlagekosten betragen sich auf die verhältnismäßig niedrige Summe von 1350000 Franken, so daß eine Pferdekraft nur 100 Franken kostet.

Sofia. Einer Meldung der „Agence Balkanique“ zufolge erschien heute die Nationalversammlung korporativ zum Empfange im Palais. Auf eine Ansprache des Präsidenten der Sobranje, Theodorow, der den Dank der Nation für den Akt stilterer Staatsweisheit und beispielloser Selbstopferung seitens des Prinzen Ferdinand ausgesprochen, antwortete Prinz Ferdinand, was er gethan habe, war ihm durch seine Pflicht gegenüber der Nation auferlegt, die seit einem Jahrzehnt ihr Schicksal vertrauensvoll in seine Hände gelegt habe. Er habe dem Vaterlande ein Opfer gebracht, so groß, so grausam und so tief einschneidend, wie es in der Geschichte noch kein Beispiel gegeben habe. Er habe für das Heil und das Glück Bulgariens sein eigenes Kind als Unterpfand gegeben und darum die Bande seiner Familie gelockert und die Bande, die ihn an den Occident fesselten, zerrissen. Dagegen fordere er nunmehr von seinem Volke nicht lärmende Ovationen und gleichzeitige Huldigung, sondern Ehrfurcht und Vertrauen für seine Person. Er erwarte, daß das Datum des 2. Februar einen Markstein bilden werde

für die Reinigung der öffentlichen Meinung und daß von diesem Tage an in Bulgarien kein Raum mehr sein werde für eine nichtswürdige Presse, welche nur den niedrigen Interessen von Intriganten diene und für eine gewissenlose Opposition, welche die Person des Herrschers und die Ehre Bulgariens durch Insulte besudelt. Der Prinz sprach soeben die Zuerst aus, daß die Worte der Constitution von der Heiligkeit und Unantastbarkeit des Herrschers in Zukunft keine leere Phrase bedeuten und daß alle Bulgaren sich einig fühlen würden in der Devise: „Ein Gott, ein Herrscher, ein Vaterland.“ Der Prinz schloß seine Ansprache mit dem Ausrufe: „Der Occident hat sein Anathem über mich ausgesprochen, die Morgenröthe des Orients umstrahlt meine Dynastie und leuchte über unsere Zukunft!“ Ein unbeschreiblicher, nicht endenwollender Jubel folgte diesen Worten. Nach einer Pause theilte der Prinz noch das vom Kaiser Nikolaus erhaltene Telegramm mit. — Die Jankowisten und die Mitglieder der Nationalpartei beteiligten sich lebhaft an den Ovationen, während sich die Radoklawisten zurückhaltend zeigten.

Sofia, 11. Februar. Die „Agence Balkanique“ meldet: Die Regierung erhielt die offizielle Benachrichtigung aus Konstantinopel, daß der Sultan den Prinzen als Souverän Bulgariens anerkennt. Den türkischen Botschaftern bei den Großmächten sei befohlen worden, die Zustimmung der Großmächte zu erbitten. Die russischen Journalisten Komarow und Ampyhatrow treffen heute hier ein. Auch aus Konstantinopel wird das Eintreffen mehrerer Korrespondenten ausländischer Blätter angekündigt.

Vaterländisches.

Wilsdruff. Die Matthäus-Passion von Joh. Seb. Bach, mit der H-Moll Messe das großartigste und schwierigste Werk evangelischer Kirchenmusik, wird in diesem Jahre zum vierten Male bereits in der Kirche zu Deuben bei Dresden aufgeführt. Der Zweck dieser jährlich wiederkehrenden, volkstümlichen Passionsmusik ist, das unergiebig schönste Werk weiteren Kreisen zugänglich zu machen und dadurch eine besondere Art von Passionsfeier zu schaffen. Man sucht dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß man nur für Altarplatz und Emporen ein mäßiges Eintrittsgeld erhebt zur Deckung der unumgänglichen Speisen, dagegen die Hauptmasse der Plätze frei läßt, damit auch den gänzlich Unbemittelten der Zutritt ermöglicht ist. Das Chor besteht aus ca. 150 Sängern, die sich aus dem Plauenschen Grunde zusammengefunden haben. Das treffliche gongon Orchester stellt Herr Baron von Burg freunlichst zur Verfügung. Die Aufführung wird stattfinden am Sonntag Jubica, den 22. März, nachmittags 5 Uhr. Da die Zeit der Aufführung für Besucher aus unserer Stadt hinsichtlich des Bahnanschlusses Wilsdruff-Pfischgabel-Deuben ausnehmend günstig gewählt ist, werden wir später auf dieselbe zurückkommen.

— In dem zur Zeit unbewohnten neubauten Gehöft des Herrn Gutbesitzer Herrmann, hier, haben in den letzten Tagen rothe Menschen zahlreiche Fensterscheiben demolirt. Hoffentlich gelingt es, die Thäter ausfindig zu machen.

— Nach einer Veröffentlichung des königlichen Ministeriums des Innern ist beschlossen worden, die Mitglieder des Land-Gendarmeregiments bei dienstlichen Berechtigungen in Zivilkleidung mit einer Verteidigungswaffe — einem sogenannten Todtschläger — auszurüsten.

— Die Mannschaften der Landwehr 2. Aufgebots werden daran erinnert, daß sie bis zum 31. März desjenigen Jahres, in welchem sie das 39. Jahr vollenden, zu den Mannschaften des Beurlaubtenlandes gehören und als solche verpflichtet sind, gemäß Punkt 6 und 10 der im Militärpaß vorgebrachten Bestimmungen jeden Verzug innerhalb des Kontrol-Bezirks und Veränderung des Aufenthaltsortes dem Hauptmeldebeamten innerhalb 14 Tagen schriftlich oder mündlich — eventuell auch durch Familienangehörige — zu melden. Ebenso ist erforderlich, daß alle Veränderungen der Hausnummern und Straßenbezeichnungen, sowie im Stand und Gewerbe, Verheirathungen, Anzahl der Kinder u. s. w. gemeldet werden. Bei Unterlassung obiger vorgeschriebenen Meldungen muß gemäß Punkt 11 der Militärpaß-Bestimmungen Bestrafung eintreten.

— Unter den bei der Zweiten Kammer neuerdings eingegangenen Petitionen befinden sich wiederum 52 Stück, welche um Ausdehnung der Berechtigung zur Ausstellung von Krankenscheinen bei den Krankenkassen auf die Naturheilkunde bitten. Stadtrat Reigis in Pomwaghs bittet um Erbauung einer Eisenbahn Wilsdruff-Pomwaghs-Ortau, die städtischen Kollegien zu Dippoldiswalde ersuchen um Erbauung einer Eisenbahn Niederzellig-Kreischa-Dippoldiswalde-Frauenstein-Landesgrenze.

— Herzogswalde, 12. Februar. Gestern Dienstag Abend 9 Uhr brannte dem Vernehmen nach das Gut des Herrn Gutbesitzer Küchenmeister nieder.

— Fürst Bischoff, welcher wegen seiner bekannten Aeußerungen über das preussische Dreiklassenwahlrecht von den Gegnern der sächsischen Wahlrechtsreform als Erbeheiser angesehen wird, hat auf eine Anfrage des Verlegers der „Dresdner Nachrichten“, Dr. Reichardt, ob er sich nicht öffentlich zur Sache äußern wolle, das zwar abgelehnt, aber zugleich geäußert, er wünsche der sächsischen Landesvertretung für ihre entschlossene Haltung (dem Begehren der Sozialdemokraten nach Erweiterung des Landtagswahlrechts mit einem Antrag auf Einschränkung desselben zu begegnen) Glück und guten Erfolg. Die „Post“ fügt dem hinzu: Wir können dieser Angabe der „Dresdner Nachrichten“ hinzufügen, daß diese Antwort des Fürsten Bischoff Se. Majestät dem König Albert vorgelegen und daß dieser seine hohe Befriedigung darüber ausgesprochen hat.

— Eine rechte Freude wurde am 1. Februar etwa 1800 aus verschiedenen Dresden er Volkschulen ausgewählten Kindern bereitet. An diesem Tage wurden ihnen mit Genehmigung der Schulbehörden von der Kommission für die 1. internationale Gartenbau-Ausstellung fertig gezogene und durchgehend schön entwickelte Pflanzen unentgeltlich übergeben. Sie sollen in den drei Monaten Februar, März und April von den Kindern daheim gepflegt und zur Blüthe gebracht werden. Am 29. April sind die Pflanzen an die Ausstellungs-Kommission nach dem Ausstellungsplatze abzuliefern. Die ausgestellten Pflanzen werden am 1. Mai einer Beurtheilung durch eine Kommission unterworfen. Die besten Einlieferungen werden hierbei mit Bäckereipremien ausgezeichnet, wofür von dem Ausschuss der internationalen Gartenbau-Ausstellung 100 Mark zur Verfügung gestellt werden. Herr Bankier Matteredoff hat ferner 60 Mk.

für der
verblei
können
bleiben
Erstlich
dem T
dem b
brüht
Rausch
in die
in vor
am La
der jeh
neue
ung
eine
königl.
gebrach
recht m
Zweite
süchtig
Hemm
und ge
heitlich
Staats
bei der
zu Dr
den der
solution
punkt
Böhm
muf is
treten
daß au
des G
einen E
gezogen
selben
In d
Dr. M
ein em
läge in
Hohen
regieru
der G
Reigon
beröder
freit
sich de
macht
und in
Jahrb
Dre
Herr
Heber
und es
diesigen
der bi
Februa
heim,
berathe
fci, we
loß in
Kreisen
daher b
näher
solche
den M
Winter
rung z
Jude a
Monat
Nähe
einen r
herange
zu er
dann r
schien
diese
Antwo
zunäch
anzuf
Gewer
vertre
belief
Geschä
der B
nun in
briestl
getrie
Bezug
nehmen
Fertig
in Hol
wollte
angere
seinen
wurde.